

Sozialforum Nürnberg

Es ist das Anliegen des Sozialforums, Menschen und Gruppen bzw. Organisationen, die von der neoliberalen Politik betroffen sind, miteinander in Kontakt zu bringen. Damit verbinden wir unterschiedliche Traditionen und politische Ansätze zu einem gemeinsamen Protest gegen diese Politik. Weiter wollen wir Alternativen dazu aufzeigen.

Das Sozialforum Nürnberg ist Teil der internationalen Sozialforumsbewegung, die entstanden ist mit dem Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre in Brasilien.

Das Sozialforum Nürnberg trifft sich jeden zweiten Montag eines Monats um 19.30 Uhr im Kleinen Saal des Nachbarschaftshauses Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg.

- Barrierefreier Zugang über den Hof -

Kontakt:

Elisabeth Ramthun,
Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg;

Postbank München
Konto: 973983805
BLZ 700 100 80

Sozialforum-Nuernberg@web.de
www.sozialforum-nuernberg.de

V.i.S.d.P.: Elisabeth Ramthun, Desi, Brückenstr. 23, Nbg.



Quelle: Fotomovimiento

Informationsveranstaltung mit Roger Sabà Riera,

Aktivist in sozialen Bewegungen, in der Gewerkschaft COS und bei der Besetzung der Plaça de Catalunya, Barcelona, im Mai 2011*

**Coordinadora Obrera Sindical*

13. Juni 2013, 19:30 Uhr Nachbarschaftshaus Gostenhof, Großer Saal

Adam-Klein-Str. 6, Nürnberg

Die Veranstaltung wird unterstützt von:

Fürther Sozialforum, Attac Fürth, organisierte autonomie (OA) Nürnberg, Radikale Linke (RL) Nürnberg, GEW Kreisverband Nürnberg
Weitere UnterstützerInnen unter www.sozialforum-nuernberg.de

Mitveranstalter:

Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V., Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung
www.rosalux.de, www.kurt-eisner-verein.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BAYERN

KURT EISNER VEREIN

Krise,

2

Schulden,

Widerstand

Eine andere Politik
ist möglich!

-Beispiel Barcelona-

Veranstaltung in Deutsch/Katalanisch

Veranstaltungsreihe des Sozialforums Nürnberg
in Zusammenarbeit mit attac Nürnberg

Mai 2011: Platzbesetzungen in Barcelona und vielen Städten Spaniens

Nehmt euch die Straße! Empört euch! Hunderttausende folgten im Frühjahr 2011 diesem Aufruf. Die Demonstrationen richteten sich gegen die dramatischen Verschlechterungen der Lebensbedingungen durch die Krise. Die Losung „Sie repräsentieren uns nicht!“ zeigte, dass die Menschen kein Vertrauen mehr in die Politiker und in die repräsentative Demokratie hatten. Sie wollten für sich selbst sprechen. Die Indignados, die Empörten forderten basisdemokratische Entscheidungsprozesse ein und setzen diese in den eigenen Aktionen um. Während der Platzbesetzungen probierten sie Verfahren aus, die es ermöglichten, dass auch in großen Versammlungen viele Meinungen Gehör finden und Entscheidungen im Konsensverfahren erarbeitet werden.



Die Krise

2008 beendete die Immobilienkrise in Spanien eine fast vierzehnjährige Boomerperiode. Die Krisenfolgen sind bekannt: Banken werden vom Staat gerettet, die Staatsverschuldung steigt, die Kosten der Krise werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Bürger/innen, die die Raten für ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, verlieren das Dach über dem Kopf. In Spanien haften sie auch nach der Vertreibung aus ihrer Wohnung für die Differenz zwischen dem Versteigerungserlös und der Kreditsumme, die noch

abzuzahlen ist. Die Kürzungen der Staatsausgaben betreffen (und betreffen) insbesondere die Bereiche Soziales, Gesundheit und Bildung. Hier nur eine Zahl zum Ausmaß der Kürzungen: Das Haushaltsdefizit der autonomen Region Katalonien wurde von 2010 bis 2012 – also während der Krise – um ca. drei Prozent verringert.

Heute: Massendemonstrationen, Besetzungen, Widerstand ...

Die politischen Gruppierungen, die die Platzbesetzungen möglich gemacht haben, sind bis heute aktiv. Es entstanden auch neue Strukturen, die für den Widerstand eine wichtige Rolle spielen. Z.B. gibt es in einigen Stadtteilen Barcelonas basisdemokratische Stadtteilversammlungen. Gewerkschaften und soziale Bewegungen kämpfen gemeinsam gegen die Kürzungen. Sie besetzen Krankenhäuser und stellen Forderungen nach der Rücknahme der Kürzungen im Gesundheitsbereich und nach einer angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Aktionen der PAH (Plataforma de Afectados por la Hipoteca, Plattform der von der Hypothekenkrise Betroffenen) konnten erreichen, dass hunderte von Zwangsräumungen aufgeschoben wurden. No debemos – no pagamos (Wir schulden nichts – wir zahlen nichts) ist eine der Parolen. Der Widerstand richtet sich nicht nur gegen die Krisenfolgen, wie die hohe Arbeitslosigkeit von über 25 Prozent. Wie im Mai 2011 geht es auch heute um einen Bruch mit der herrschenden Politik, um Selbstbestimmung – am Arbeitsplatz, im Stadtteil, um eine tatsächliche Mitwirkung an den staatlichen Entscheidungen. Für viele Menschen in Barcelona beinhaltet dies auch die Forderung nach einem unabhängigen katalanischen Staat, der über seinen politischen und wirtschaftlichen Weg selbst entscheidet.

COS – Coordinadora Obrera Sindical

Die katalanische Gewerkschaft COS setzt sich für die Einbeziehung aller Betroffenen in Entscheidungsprozesse ein. Dafür stehen z.B. Prinzipien wie die Verantwortung der Delegierten gegenüber der Basis und die Rotation. Wichtige Programmpunkte sind auch die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Schutz der Rechte von migrantischen Arbeiter/innen. Die COS tritt für die internationale Solidarität ein, sie unterstützt Kämpfe der Arbeiter/innen in andern Ländern und ist Mitglied in der World Federation of Trade Unions (WFTU). Zu ihren Zielen gehört ein unabhängiges Katalonien. Die katalanische Gesellschaft soll eigenständig bestimmen können, wie die Arbeit organisiert wird und was produziert wird.



Zur Finanzkrise in Katalonien

Katalonien ist die wirtschaftlich stärkste Region Spaniens und gleichzeitig die am meisten verschuldete. Die autonome Region Katalonien bezahlt weitaus mehr Steuern an die Zentralregierung, als sie von Madrid, etwa in Form von Investitionen in die Infrastruktur, wie etwa dem Straßenbau, zurückbekommt. Die Ratings für Katalonien bewegen sich auf Ramschniveau. Katalonien kann sich nicht mehr über die Finanzmärkte refinanzieren, sondern ist auf Zahlungen aus einem Unterstützungsfond des Zentralstaates angewiesen. Umstritten ist, ob die Unabhängigkeit eine Lösung wäre – voraussichtlich müsste Katalonien anteilmäßig für die Schulden des spanischen Staates haften.